

Lettland

Detlef Henning

Die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise führten in Lettland im Herbst 2008 zur tiefsten politischen und wirtschaftlichen Krise seit Wiederherstellung der Unabhängigkeit 1991. Andauernde strukturelle Schwächen und Defizite der politischen Führung verstärkten die Probleme der mittleren baltischen Republik zusätzlich. Die Europa- und Kommunalwahlen vom 6. Juni 2009 führten daher vor allem zu Stimmengewinnen neu gegründeter oder linker, ostwärts orientierter Parteien. Außenpolitisch ist Lettlands Lage zwar stabil, beunruhigend ist jedoch eine zunehmende Einflussnahme Moskaus auf die lettische Innenpolitik mit dem Ziel, die baltische Region trotz EU- und NATO-Mitgliedschaft im Sinne einer regionalen Hegemonie politisch mitzugestalten und über sie Einfluss auf die europäische Politik zu nehmen. Als Instrumente dienen finanzielle Einflussnahme, der Streit um die Geschichte, der gezielte Aufbau von russischen Minderheitenorganisationen in Lettland sowie fortgesetzt Vorwürfe, Lettland verletze Menschen- und Minderheitenrechte.

Wirtschaft und Außenhandel

Auslöser der Wirtschafts- und Staatskrise war im November 2008 die drohende Zahlungsunfähigkeit der zweitgrößten lettisch-russischen Parex Banka, die nur mit Hilfe einer staatlichen Übernahme von 51% der Geschäftsanteile und zusätzlicher staatlicher Kredite abgewendet werden konnte. Die Staatsfinanzen Lettlands mussten daraufhin mit einem internationalen Kreditpaket des IWF, der EU, der skandinavischen Länder und weiterer Geberländer in Höhe von 7,5 Milliarden Euro gestützt werden. Die Bedingungen der Kreditgeber sind an einen Rückgang des Haushaltsdefizits geknüpft, welches 2010 immerhin noch etwa 8% umfassen wird. Haushaltkürzungen, die Schließung staatlicher Einrichtungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst und Lohnkürzungen im zweistelligen Bereich sind seitdem an der Tagesordnung. Selbst bescheidene Spielräume für eine gestaltende Konjunkturpolitik sind im Gegensatz zu Estland und Litauen nicht mehr vorhanden. Eine vom IWF geforderte Abwertung der lettischen Landeswährung (Lat) wird bisher von Brüssel und vor allem Schweden abgelehnt, da schwedische Banken in Lettland mit Krediten von über 12 Milliarden Euro engagiert sind.

Die wirtschaftliche Situation des Landes ist dramatisch. Das BIP sank im zweiten Quartal 2009 um 18,7%, die Industrieproduktion ging um 12,5 zurück und die Arbeitslosenzahl stieg auf 17,2%. Auch der Außenhandel leidet unter dem wirtschaftlichen Rückgang. Der Import verminderte sich im August 2009 um 42,1% und der Export um 27%.¹ Jüngst gibt es jedoch erste positive Anzeichen. Die Inflation ging im August 2009 von 15,4% im Vorjahr auf 6,7% zurück und einzelne Wirtschaftszweige signalisieren eine schwache Erholung. Zusätzlich dürfte das gesunkene Lohnniveau die Konkurrenzfähigkeit Lettlands wieder steigern.

Innenpolitik

Nach Massenprotesten der Bevölkerung und wochenlangen Machtkämpfen der Koalitionspartner über den Kurs der Regierung in der Wirtschafts- und Finanzkrise des Landes trat Ministerpräsident Ivars Godmanis am 20. Februar 2009 zurück. Am 12. März wählte das

1 Die Zahlen jeweils im Vergleich zum Vorjahr. Wirtschaftsdaten: Lettlands Zentralbank (www.bank.lv).

Parlament den bisherigen Europaabgeordnete Valdis Dombrovskis zum neuen Regierungschef einer aus fünf Mitte-rechts-orientierten Parteien bestehenden Koalitionsregierung, die mit 64 von 100 Sitzen im Parlament vertreten ist. Neu in die Regierung aufgenommen wurde neben Dombrovskis Partei „Neue Zeit“ (JL) auch die erst 2008 neu gegründete „Bürgerliche Union“ (PS). Von den bisherigen vier Regierungsparteien verbleiben die „Volkspartei“ (TP), die „Union von Grünen und Bauern“ (ZZS) und die Partei „Für Vaterland und Freiheit“ (TB/LNNK) in der Regierung. „Lettlands Erste Partei/Lettlands Weg“ (LPP/LC) des bisherigen Ministerpräsidenten schied aus der Koalition aus.

Bei den Kommunalwahlen vom 6. Juni 2009 sind vor allem die Ergebnisse in Riga, wo ein Drittel der Einwohner des Landes leben, von Bedeutung. Hier siegte das überwiegend von russischsprachigen Wählern bevorzugte „Harmonie-Zentrum“ (SC, 34,3%), das mit der Parteiengruppierung LPP/LC, (15,1%) unter der Führung Oligarchen Ainars Šlesers koalitiert.² Mit dem 33-jährigen SC-Parteivorsitzenden Nils Ušakov bekam Riga zum ersten Mal in seiner Geschichte einen russischen Bürgermeister. Sowohl Ušakov als auch Šlesers versuchen seitdem über direkte persönliche Kontakte nach Minsk und Moskau nicht nur die lettisch-weißrussischen bzw. lettisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern, sondern auch ein Gegengewicht zur offiziellen, westlich orientierten Außenpolitik des lettischen Außenministeriums zu schaffen, das bemüht ist, die Probleme der lettisch-russischen Beziehungen im Rahmen der GASP zu europäisieren. Darüber hinaus versucht Ušakov den Status der lettischen Sprache als verfassungsrechtlich garantierte Staatssprache in der Kommunalverwaltung Rigas zurückzudrängen, möglicher Konfliktstoff in der multiethnischen Hauptstadt Lettlands, in der die Titularnation der Letten mit 42,3% in der Minderheit ist.

Lettland setzte im Frühjahr 2009 eine Verfassungsänderung in Kraft, aufgrund der ab den kommenden Wahlen im Oktober 2010 ein Zehntel der Wähler eine Volksabstimmung zur Auflösung des Parlaments (Saeima) initiieren kann. Der Grund liegt in einem tiefen Misstrauen der Bevölkerung in die politische Leistungsfähigkeit der Parlamentarier.

Außen- und Europapolitik

Die Wahlbeteiligung an den Europawahlen vom 6. Juni 2009 lag mit 53,7% über dem europäischen Durchschnitt. Wahlsieger mit 24,3% wurde die bürgerlich-konservative Partei „Bürgerliche Union“ (PS). Zweit- und drittstärkste Partei wurden mit 19,6% das „Harmonie-Zentrum“ (SC) und mit 9,7% die ebenfalls russisch orientierte Partei „Für Menschenrechte im Vereinigten Lettland“ (PVCTL). Die beiden letztgenannten Parteien sind zusammen mit drei von insgesamt acht Europaabgeordneten aus Lettland in Straßburg vertreten, darunter auch Alfreds Rubiks, einer der sowjetlettischen Teilnehmer des Putschversuches gegen Gorbatschow im August 1991.

Skeptisch bleibt Lettlands Haltung gegenüber dem Projekt der deutsch-russischen Ostseepipeline (Nordstream). Zusammen mit Estland, Litauen und Schweden versucht Riga, eine einseitige Energieabhängigkeit durch eine verstärkte Kooperation abzubauen. Eine realistische Option bildet dabei die Beteiligung an dem geplanten Projekt eines schwedisch-baltischen Untersee-Stromkabels (SWEDLINK). Zwar hat der russisch-ukrainische Gasstreit die Sensibilität in Energiefragen verstärkt, es bleibt jedoch fraglich, inwieweit die zahlreichen skandinavisch-baltisch-polnischen Vorschläge zur stärkeren Einbindung der baltischen Staaten in einen europäischen Energieverbund kurzfristig verwirklicht werden könnten.³

² Wahlergebnisse: Lettlands Zentrale Wahlkommission (www.cvk.lv).

³ Vgl. u.a. Kai-Olaf Lang, Die baltischen Staaten und ihr schwieriges Verhältnis zu Russland, SWP aktuell 61, Juli 2008.